Berliner Montagspost

unabhängig – für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit – 16. November

Nr. 24/15

Kaffee, fair gehandelt... zu teuer?

von M. Klimke

Der Markt für fair gehandelte Produkte wächst zwar weiter an, trotzdem ist vielen Menschen z. B. fair gehandelter Kaffee zu teuer. In der heimischen Küche findet sich dann aber eine dieser ach so hippen Kaffeemaschinen für Kaffeekapseln. Wie Absurd das ist, sieht man, wenn man die Kilopreise für Kaffee vergleicht.
Der Preis für ein Kilo Fair-Trade Kaffee liegt momentan zwischen 15,- und 30,- €.
Kaffee im Supermarkt gibt es bereits ab 7,- €/Kg, die teuersten Sorten liegen bei 18,- €/kg. Und dann sind da die Kaffekapseln, hier liegen die Preise zwischen 40,- und unglaublichen 105,- €. Für 105,- € bekommt man 3,5 Kg vom teuersten oder 7 Kg vom günstigsten Fair-Trade Kaffee.
Beim preiswertesten Supermarkt Kaffee sind es sage und schreibe 14 Kg. Das entsprach im Jahr 2009 mehr als dem doppelten Pro-Kopf Jahresverbrauch in Deutschland (6,4 Kg).
Auch mit dem günstigsten Fair-Trade Kaffee würde man mit 105,- € etwas mehr als einen Jahresbedarf decken.
Mit Fair-Trade werden Kleinbauern unterstützt, die sonst dem Preisdiktat der nur drei marktbeherschenden Kaffeeröstern weltweit ausgeliefert wären.
Fangen wir endlich an bewusster zu konsumieren. Wir entscheiden wer unser Geld bekommt und ob mit diesem Ausbeutung finanziert wird. (1)

Ralph Boes hat sein Sanktionshungern beendet!

von J. Möbius

Die evangelische Kirche hat Herrn Boes am 10. Nov. politisches Asyl angeboten und konnte ihn somit bewegen sein Sanktionshungern (wir berichteten in der Ausgabe 18/15) nach 132 Tagen zu beenden. In der nächsten Zeit wird er sich voll und ganz seiner Gesundheit widmen, die unter den Gewichtsverlust von fast 25 kg sehr gelitten hat, um dann seinen politischen Widerstand gegen ein unmenschliches System fortzusetzen. Es ist seinem Engagement zu verdanken, dass sich eine breite Öffentlichkeit und namhafte Politiker diesem Thema ihre Aufmerksamkeit schenkten. Das Sozialgericht Gotha leitete im Mai 2015 zur Überprüfung der Verfassungswidrigkeit der Sanktionsmaßnahmen den Vorgang an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe weiter. (2)

M E I N U N G S M A C H E ... bestimmt wesentlich die politischen Entscheidungen

von J. Möbius

So lautet die Überschrift des Vortrages von Herrn Albrecht Müller, den er in Kiel am 4. Nov. auf die Einladung von Attac, Verdi DGB und IG Metall hin hielt. Herr Müller ist Herausgeber der Nachdenkseiten und eine gefragte Persönlichkeit, wenn es darum geht, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge und Hintergründe aufzuzeigen und dem interessierten Zuhörer zu vermitteln. In seinem Vortrag zeigt er an mehreren Beispielen wie wir von den Medien, leider nicht ohne Erfolg, manipuliert werden. Es geht darum, wie uns die Mächtigen (1%) über ihre Medien - als Beispiel werden in diesem Zusammenhang das ZDF, Deutschlandfunk, Bild und der Spiegel genannt - ihre Meinung unters Volk (99 %), bringen. Er erinnert an Themen, die die Republik über Wochen beschäftigte, wie: Die Russen bzw. Putin sind / ist schuld, alle Banken sind Systemrelevant, die Lohnnebenkosten sind zu hoch oder die Pleitegriechen. Es geht um die Glaubwürdigkeit und die Deutungshoheit die den Medien in den letzten Jahren immer weiter abhanden gekommen ist. Es wurde versucht, die im Frühjahr 2014 aufflammende Friedensbewegung, sofort im Keim zu ersticken (ab ca. 33:00 Min.). Seiner Ansicht nach möchte die Rüstungsindustrie eine Bewegung, die sich für den Frieden einsetzt, wie sie sich schon 1981 formierte, gleich im Ansatz bekämpfen. Willfährige Lohnabhängige aus Funk und Fernsehen und in den Redaktionsstuben der schreibenden Zunft sind gerne bereit, den Machtinteressen zu dienen. Es werden gut finanzierte und ausgeklügelte Hetzkampagnen gefahren. Am Beispiel von Willy Brandt, SPD und Bundeskanzler 1969-1974, macht er deutlich, dass es diese Lügenkampagnen sogar bis in die Geschichtsbücher schaffen. Er fasst diese Hetzkampagnen in einem einzigen Wort zusammen: Kampfpresse. Er plädiert dafür, dass man es sich nehmen lassen sollte, die Lügen aus den Presseerzeugnissen auch als Lügenpresse zu bezeichnen. Außerdem ruft er dazu auf, sich nicht von Angriffen auf die Friedensbewegung abschrecken zu lassen und weiterhin zu den Veranstaltungen zu gehen. (3)

Portugiesische Nachhilfe in Demokratie

von NRhZ/DL

„Die portugiesische Linke hat dem Land und Europa Nachhilfe in Demokratie gegeben. Noch immer braucht eine Regierung Mehrheiten und die von den Konservativen geführte in Portugal hatte eben diese Mehrheit für die Fortsetzung der Austeritätspolitik verloren. Damit steht im zweiten europäischen Krisenland eine Regierungsbildung auf der Grundlage linker Mehrheiten an. Angela Merkel müssten die Ohren klingen", erklärt der europapolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Diether Dehm, zu den aktuellen Entwicklungen in Portugal. Dehm weiter: „Es war schon eine Verballhornung der parlamentarischen Demokratie, dass der portugiesische Staatspräsident dem konservativen Bündnis den Regierungsauftrag erteilt hatte, obwohl es weit jenseits einer eigenen Mehrheit und vor allem ohne einen weiteren potentiellen Koalitionspartner im Parlament verblieb. Dass er dies der Notwendigkeit des Festhaltens an der von der Troika vorgegebenen und den portugiesischen Konservativen brav umgesetzten Austeritätspolitik verbunden hat, führte die Demokratiedefizite dieses politischen Irrwegs nachdrücklich vor Augen. Nun haben die Linksparteien die Verhältnisse vom Kopf wieder auf die Füße gestellt und sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm geeinigt, mit dem vor allem die Einschnitte bei Löhnen und Sozialem zurückgenommen werden sollen. Außerdem wird ein großes Augenmerk darauf liegen, die Abwanderung der jungen, gut ausgebildeten – aber dank der Austeritäts- und Krisenpolitik perspektivlosen – Portugiesen aufzuhalten bzw. umzukehren. Der maßgeblich von Merkel und Schäuble durchgesetzte Austeritätskurs hat damit in Europa eine zweite Schlappe erlitten. Portugal, das zu seinem Glück nicht mehr unter der Rettungsschirm-Fuchtel steht, kann sich nun auf einen eigenen Weg begeben. Es wird ein Lackmustest für die europäische Idee werden, ob es der Bundesregierung wie gegenüber Griechenland erneut gelingt, diesen eigenständigen Weg heraus aus dem Jammertal der Austerität zu versperren. Die sogenannten ‚Märkte' versuchen schon mit dem Drehen an der Zinsschraube für portugiesische Staatsanleihen den Druck auf das Linksbündnis zu erhöhen. Hier wird auch die europäische Linke gefordert sein, aktiv Solidarität zu zeigen und dafür zu kämpfen, dass in Europa wieder sozialer und demokratischer Fortschritt und nicht die Rettung von Banken und deren Gläubigern zum Maß der Dinge werden." (4)

Termine

Berliner Mahnwache
für den ersten Weltfrieden
23.11., 30.11., 7.12.
& 14.12.
Wittenbergplatz
immer Montags
18 - 21 Uhr

Kein Nato-Kriegsrat in Essen
Die Kriegsgefahr gemeinsam stoppen
Samstag
21.11.
11:57 Uhr
Hirschlandplatz
Essen (5)

Planungstreffen
für
Stopp Ramstein 2016
Sonntag
13.12.
12 - 17 Uhr
Strahlenbergerstraße 127
63067 Offenbach (6)

Risiken etwaiger Freihandelsabkommen am Beispiel NAFTA in Mexiko

von A. Kowalke

Die dt. Bundesregierung ist aktuell der „Überzeugung" das, die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA, keine Risiken bergen und sieht deshalb – logischer Schluss – auch keinen Anlass die Bevölkerung über mögliche Risiken zu informieren.
Dies zeigt vor allem die Interview-Sendung mit dem Titel Jung & Naiv von Tilo Jung. Dieser befragt in Bundespressekonferenzen den Regierungssprecher Herrn Seibert zu den aktuell geplanten Handelsabkommen, das entsprechende Video hierzu wurde am 12.10.2015 auf YouTube veröffentlicht. Hiermit greife ich nochmals kurz das „Kredo" aus dem Video auf:
„Die Bundesregierung will nicht über die Risiken von TTIP informieren, weil man einfach keine Risiken sieht, sondern nur Chancen. Darum informiert man die deutsche Bevölkerung auch ständig nur über die Vorteile des Abkommens. Zur riesigen Anti-TTIP-Demo am Wochenende sagt der Regierungssprecher lapidar: „Es ist natürlich das gute Recht der Bürger gegen TTIP zu demonstrieren. Dennoch hält die Bundesregierung die Vorbehalte, die gemacht werden, für unbegründet."
Gut – hier könnte man nun weiterfragen: „Was ist mit den Risiken/Gefahren die für Demokratie, Verbraucherrechte, Umweltschutz und Sozialstaat bei der Umsetzung dieser Abkommen bestehen"
Womit ich auch gleich mit den Risiken bzw. Kritikpunkten zu den Abkommen beginne – die von mir und auch anderen TTIP/CETA/TiSA-Gegnern/Kritikern recherchiert wurden:
CETA [7] (Comprehensive Economic and Trade Agreement) ist ein geplantes Freihandelsabkommen, das zwischen Kanada und der EU abgeschlossen werden soll.
Es geht wie bei TTIP um juristische Sonderstellung für Konzerne, Liberalisierung, Privatisierung, Urheberrecht, Arbeitsrecht, öffentliche Beschaffung, Agrar-Richtlinien und Umwelt. US-Unternehmen mit Standbein in Kanada könnten dank der in CETA enthaltenen Investitionsschutzregelungen gegen Gesetze der EU-Länder vorgehen, selbst wenn TTIP verhindert wird. Und ebenso wie bei TTIP geschieht alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die Inhalte des 1.500 Seiten umfassenden Handelsabkommens sind geheim. Die Verhandlungen sind seit dem 5. August 2014 abgeschlossen. Schon hier müsste sich doch der Bürger/Verbraucher fragen – „wenn diese Abkommen lediglich Chancen offenlegen, warum werden die Beschlüsse und Verhandlungen zu TTIP unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgetragen? Warum sind die Inhalte des umfassenden Handelsabkommens geheim und unter Verschluss gehalten?!"
- Ganz Genau – wegen der schon erwähnten Sonderstellung für Konzerne, Liberalisierung, Privatisierung, Urheberrecht usw., welche sich wiederrum negativ auf unser Arbeitsrecht, den Konsumentenschutz und unsere Sozial- und Bildungsangelegenheiten auswirken kann.
Im engeren Sinne würde das bedeuten dass diese Konzerne mit ihrer Sonderstellung, ebenso gesonderte Rechte zugesprochen würden. Heißt, die Konzerne hätten dann gegenüber dem Verbraucher übergeordnete Rechte. Inwiefern das für eine ganze Bevölkerung hochgradig gefährlich werden kann, schildere ich nun einfach mal am Beispiel NAFTA.
Als am 1. Januar 1994 das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft trat, waren die Hoffnungen groß. Die Unterzeichner-Staaten Kanada, Mexiko und USA versprachen sich und ihren Bevölkerungen hiervon Wirtschaftswachstum, Eindämmung der Armut und weniger Arbeitsmigration aus dem Süden. 16 Jahre später ist davon in Mexiko nicht viel geblieben.
Weiter im Süden des Landes sind die Probleme anderer Natur, aber nicht weniger groß. Vor allem die südlichen Bundesstaaten sind landwirtschaftlich geprägt. Bauern bauen oftmals traditionelle Nahrungsmittel wie Mais und Bohnen für den Eigenbedarf oder den Verkauf auf lokalen Märkten an. 2008 fielen im Rahmen der Aufhebung von Handelsbarrieren auch die Zölle auf diese Erzeugnisse. Der Konkurrenz durch Importe aus den USA, deren Anbau dort stark subventioniert wird, ist die mexikanische Landwirtschaft nicht gewachsen. In den ersten fünf Jahren seit Inkrafttreten der NAFTA fielen die Löhne im Agrarsektor um 60 %. Dies stellte für Kleinbauern oft eine existentielle Bedrohung dar. Zugleich mangelt es an Abfederungen wie bezahlbaren Krediten, von staatlichen Zuschüssen wie in den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen. 2008 führte die neu geschaffene Abhängigkeit von Nahrungsmitteleinfuhr und damit auch von internationalen Preisschwankungen paradoxerweise dazu, dass sich der mexikanische Staat aufgrund des rasanten Anstieges des Maispreises erstmals seit langem wieder mit weit verbreitetem Hunger konfrontiert sah – und damit auch mit vehementen Protesten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Weiter verkomplizierte sich die Lage durch die Produktion von Mais für Bioethanol als Treibstoff für Autos.
Die landwirtschaftliche Krise führt wiederum zur Abwanderung in den Industriesektor im Norden. Oder noch weiter: Entgegen aller Erwartungen haben sich die (illegalen) Migrationsströme in die USA durch die NAFTA nicht verringert. Erst die Wirtschaftskrise seit 2008 schränkt diese deutlich ein, da in den Vereinigten Staaten auch keine billigen Arbeitskräfte mehr eingestellt werden.
Profitiert haben in erster Linie exportorientierte Unternehmen. US- Firmen, aber auch deutsche Konzerne wie Bayer, Siemens und BASF haben ihre Präsenz in Mexiko verstärkt, um von niedrigen Kosten und dem günstigen Zugang zum US- Markt zu profitieren.
Ein eindrucksvolles Beispiel zu den Folgen der Marktliberalisierung liefert der Fall der US-Firma Corn Products International (CPI), die im Jahr 2003 den mexikanischen Staat beim NAFTA-Tribunal verklagte, weil sie Geschäftseinbußen aufgrund von Steuern auf den in Getränken verwendeten Fruktosesirup erlitten hätten. Nach einem jahrelangen Verfahren verurteilte die NAFTA-Behörde Mexiko 2008 zur Zahlung von 58,4 Millionen Dollar an CPI. Mais-Fruktosesirup, Bestandteil von Coca Cola und Chips, trägt eine wesentliche Mitverantwortung für den doppelten Ernährungsnotstand in Mexiko. Parallel zur Hungerstatistik sind 70 Prozent der Erwachsenen – 35 Millionen Menschen – übergewichtig bzw. fettsüchtig. Die Folgeerscheinungen sind Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs. Nach Berechnungen des mexikanischen Gesundheitsministeriums hat dieses Phänomen im Jahr 2008 Kosten in Höhe von 4,9 Milliarden Dollar verursacht – für 2017 wird ein Anstieg auf 5,6 Milliarden Dollar erwartet. [8]

Wer einen Freund sucht ohne Fehler, bleibt ohne Freund

Weisheit aus der Türkei

Quellen und weiterführende Links: [1] langen-kaffee-shop.de/kaffee/filterkaffee.html – kaffee-eshop.de/fair-trade/ – preis.de/katalog/Kaffee/6,352,2428.html#! – kapsel-kaffee.net/kaffeepreis-bei-kaffeekapseln-kilopreis-uber-100-euro – de.statista.com/statistik/daten/studie/198069/umfrage/entstehung-des-kaffeepreises/
[2] wir-sind-boes.de (Newsticker/FAQ´s) [3] youtube.com/watch?v=pjc6rX-Znoc
[4] Diesen Artikel haben wir mit Dank von der Neuen Rheinischen Zeitung übernommen - www.nrhz.de
[5] www.no-natom-krieg.de [6] www.ramstein-kampagne.eu [7] de.wikipedia.org/wiki/Comprehensive_Economic_and_Trade_Agreement
[8] welt-ernaehrung.de/2011/11/14/mexiko-recht-auf-nahrung---ein-weiteres-lippenbekenntnis/ – quetzal-leipzig.de/lateinamerika/mexiko/nafta-nordamerikanisches-freihandelsabkommen-mexiko-folgen-19093.html

Die Berliner Montagspost bitte mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Impressum:
Die Berliner Montagspost ist ein Organ der Berliner Montagsmahnwache und Ihrer Teilnehmer. Ihre Artikel erhält sie von Ihrer Leserschaft und aus dem Internetz. Sie erscheint jeden zweiten Montag und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.
Download:
www.mahnwache.info/index.php/inhalt/berliner-montagspost

Verantwortlich für den Inhalt:
Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser, sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. Berliner Montagspost-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wieder.
Redaktion:
Martin Klimke, Berlin
stellvertretender Chefredakteur:
Lars Mährholz, Berlin

www.mahnwachen.info www.kenfm.de www.wearechange.org www.free21.org www.rtdeutsch.com www.rt.com www.n23.tv
www.nrhz.de www.mmnews.de www.nachdenkseiten.de www.ossietzky.net www.hinter-den-schlagzeilen.de www.wakenews.net